

Ressort: Politik

Weitere Länder prüfen gesetzliche Krankenversicherung für Beamte

Berlin, 11.08.2017, 18:00 Uhr

GDN - Für mehr Beamte könnte es sich lohnen, eine gesetzliche Krankenkasse zu wählen: Nach dem Vorstoß des Landes Hamburg wollen auch Thüringen und Bremen diese Option prüfen. "Wir werden über mögliche Wege diskutieren, ein echtes Wahlrecht für Beamtinnen und Beamte zu schaffen, ob sie Mitglied einer gesetzlichen oder einer privaten Krankenversicherung sein wollen", sagte Landesgesundheitsministerin Heike Werner (Linke) dem "Spiegel".

"In Bremen können wir uns das gut vorstellen", sagte auch Gesundheitssenatorin Eva Quante-Brandt (SPD), verwies aber auch auf das Problem der vorübergehend steigenden Personalkosten. Derzeit erstattet der Staat seinen Beamten über die sogenannte Beihilfe mindestens die Hälfte der Behandlungskosten im Krankheitsfall. Den Rest müssen sie privat absichern. Dabei dürfen sich jüngere Beamte schon heute für eine gesetzliche Kasse entscheiden, müssen dann aber den Arbeitgeberanteil selbst tragen. Das will Hamburg für seine Beamten ändern und ab Mitte 2018 den Zuschuss zahlen. SPD und Linke sehen solche Modelle als Einstieg in die von ihnen angestrebte Bürgerversicherung für alle.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-93195/weitere-laender-pruefen-gesetzliche-krankenversicherung-fuer-beamte.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com